

Bildung/Ausbildung

Wir wollen ein Bildungssystem, das nicht mit der Ausbildung oder dem Abschluss eines Studiums endet. Lebenslanges Lernen ist aufgrund täglich wachsenden Wissens eine Notwendigkeit des 21. Jahrhunderts und muss bis ins hohe Alter zur Selbstverständlichkeit werden. Deshalb wollen wir Bildungsangebote für alle und für jede Lebenslage (S.5)

Wir wollen nicht nur von Wertschätzung der dualen Ausbildung sprechen, sondern deren Rahmenbedingungen aktiv verbessern. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Ausbildung ein im Vergleich zum Studium gleichberechtigter und gleichwertiger Ausbildungsweg von hoher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sich diese Pluralität der Ausbildungswege auch in deren Anerkennung und Förderung niederschlägt. (S.13)

Wir wollen die Digitalisierung der Oberstufenzentren vorantreiben. Das bedeutet sowohl die längst überfällige Ausstattung mit grundlegender Infrastruktur wie Breitbandinternet und flächendeckendem WLAN als auch die Vermittlung von ausbildungsspezifischen Digitalkompetenzen. (S.13/14)

Von der Pluralität der Ausbildungswege zu sprechen, reicht allein jedoch nicht. Deshalb wollen wir die Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Studium verbessern, die Förderung beider harmonisieren und die Weiterbildung unterstützen. (S.14)

Mit einem neuen Europa-Oberstufenzentrum (OSZ) wollen wir die Attraktivität der beruflichen Bildung fördern. Durch die europäische und internationale Ausrichtung, durch Angebote wie ERASMUS und Mehrsprachigkeit in der Fachlichkeit werden Ausbildungsgänge attraktiver. (S14)

Wir möchten mehr Ausbildungswohnheime in Berlin bereitstellen, damit Auszubildende günstigen Wohnraum finden. Langfristig wollen wir die Studierendenwerke und Auszubildendenförderung zusammenlegen bzw. die Studierendenwerke für Auszubildende öffnen. (S.14)

Wir wollen die Semestertickets und Azubi-Tickets preislich harmonisieren und das Azubi-Ticket auf den Tarifbereich ABC ausweiten. (S.14)

Willkommenskultur für Wirtschaft

Wir wollen, dass Sondernutzungsflächen für den Einzelhandel, Schankbetriebe und kulturelle Projekte unbürokratisch ausgewiesen werden und dass befestigte Aufenthaltsräume wie Schankvorgärten auf den Gehwegunterstreifen den Betrieb von Gastronomie und Einzelhandel ermöglichen. Die Barrierefreiheit ist hierbei zu berücksichtigen. (S.21/S.22)

Wir wollen der Berliner Gastronomie nach der Pandemie wieder auf die Beine helfen, indem wir die Nutzung von Heizpilzen und anderen Heizmöglichkeiten bis auf Weiteres erlauben und von der Genehmigungspflicht für Außenbereiche der Gastronomie zu einer Meldepflicht übergehen. (S.22)

Wir wollen, dass das Gastgewerbe von überbordender Bürokratie verschont wird. Einfache Anträge wie beispielsweise auf die Erlaubnis zur Nutzung von Außenflächen oder auf kleinere bauliche Veränderungen müssen digital gestellt werden können.

- Unser erklärtes Ziel ist es, die von der Außengastronomie genutzte Fläche unter Berücksichtigung der jeweiligen Verkehrssituation und der Lärmschutzbestimmungen zu verdoppeln. (S.22)

Hotellerie und Gastronomie sollen in unserer Stadt mehr als bisher als starker und systemrelevanter Wirtschaftszweig wahrgenommen und entsprechend unterstützt werden. (S.23)

Die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer Berlin können wichtige Rollen bei der Vertretung der Interessen von Berliner Unternehmen einnehmen. Dabei müssen sie jedoch die unterschiedlichen Interessen und Erwartungen all ihrer Mitglieder angemessen berücksichtigen. Zudem sollen sich die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer Berlin auf ihre gesetzlich übertragenen Kernaufgaben beschränken und nicht in wirtschaftlichen Wettbewerb mit eigenen Mitgliedern treten. Gründerinnen und Gründer sind in den ersten fünf Jahren nach Gründung vom Kammerbeitrag zu entlasten. (S.23)

BER

Wir stärken den Flughafen BER als Jobmotor für die Metropolregion. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Airlines und der Flughafengesellschaft attraktive internationale Direktverbindungen zu schaffen. Wir wollen eine schnelle Erreichbarkeit des Flughafens innerhalb der Metropolregion. (S.26)

Die Flughafengesellschaft Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) ist strukturell überschuldet. Dies ist vor allem ein Ergebnis des Missmanagements bei der Errichtung des BER. Ein Neustart muss zwingend mit einer Änderung der Eigentümerstruktur einhergehen. Dadurch wird die FBB nicht nur die notwendige Kapitalspritze, sondern auch zusätzliche Expertise erhalten. Diese benötigt sie nicht allein bei der finanziellen Sanierung, sondern gleichfalls für den weiteren Ausbau. Zudem fordern wir die transparente Aufarbeitung der gemachten Verluste, um herauszufinden, welche Verluste auf die FBB und welche auf die Pandemie zurückzuführen sind. (S.46)

Clubs

Clubs sowie Künstlerinnen und Künstler haben ihren Anteil daran, dass Berlin weltweit einen Ruf als weltoffene und tolerante Stadt genießt. Den Musikspielstätten, Probe und Arbeitsräumen wollen wir bei der Stadtplanung einen hohen Stellenwert sichern und sie in der Baunutzungsverordnung von Vergnügungsstätten (Wettbüros, Spielhallen) trennen.

Die für unsere Stadt essenzielle Clubkultur und Eventbranche wollen wir dabei unterstützen, nach der Pandemie wieder tragfähige und nachhaltige Angebote aufzubauen. Insbesondere die vielen Institutionen elektronischer Tanzmusik sind ein qualitatives Standortmerkmal unserer Stadt, auf das wir stolz sind. Wir wollen ein Büro für Angelegenheiten des Nachtlebens nach dem Vorbild des New Yorker „Office of Nightlife“ bei der Senatsverwaltung für Kultur und Europa ansiedeln, das als Ansprechpartner und Mediator für die Clubszene sowie Anwohnerinnen und Anwohner, als Vermittler zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen und als beratender Stab für den Senat fungiert. (S.78)

Wir wollen, dass Berlin die Stadt der Freiheit bleibt, daher werden wir uns gegen jede Bestrebung stellen, Sperrstunden wieder einzuführen, sowie das überholte Tanzverbot an stillen Feiertagen endlich abschaffen. (S.78)

Tourismus / Kongresse/ICC

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Wegen dieser Freiheit und wegen der Menschen dieser Stadt kommen jedes Jahr Millionen Besucherinnen und Besucher nach Berlin. Wir heißen sie willkommen und sind stolz auf die Anziehungskraft unserer Stadt. Unsere Gäste tragen den freiheitlichen Geist Berlins in alle Welt. Auch vor dem Hintergrund zunehmender autokratischer Tendenzen in vielen Teilen der Erde ist diese Botschaft, für die Berlin aufgrund seiner Geschichte in besonderer Weise steht, aktueller denn je. Damit das Zusammenspiel einer lebenswerten Stadt für alle Berlinerinnen und Berliner und unsere Gäste bei zunehmendem Tourismus funktioniert, müssen politisch die richtigen Weichen gestellt werden.

- Wir wollen die Tourismuswirtschaft stärken und das Image Berlins national wie international profilieren. Das Tourismuskonzept des Senats aus dem Jahr 2018 ist aufgrund der Corona-Pandemie überholt. Wir werden ein neues Tourismuskonzept entwickeln und auf die Vermarktung der Destination Berlin ausrichten. Wir werden dabei den Qualitätstourismus ausbauen. Zudem wollen wir immer stärker nachgefragte erlebnisbasierte Elemente im Berliner Tourismus implementieren und die Vermarktung der Außenbereiche stärker in den Fokus nehmen.
- Wir wollen Denkmäler und Gedenktafeln, die lediglich in deutscher Sprache gehalten sind, und Straßennamen durch kleine Tafeln mit QR-Codes u. Ä. ergänzen. So sollen alle Interessierten mithilfe eines Smartphones Übersetzungen der jeweiligen Texte in mehrere Fremdsprachen und in Leichte Sprache erhalten können. Für Menschen mit Sehbehinderungen sollen diese Texte außerdem im Audioformat vorhanden sein.
- Wir unterstützen Innovationen wie virtuelle touristische Erlebnisse oder Gamification in der Wissensvermittlung.
- Wir wollen die Polizei und Ordnungsämter befähigen, an touristischen Hotspots stärker präsent zu sein.
- Wir wollen die Anstrengungen bei der Marktforschung und der statistischen Erfassung deutlich erhöhen, z. B. durch Erhebungen über Privatübernachtungen (Sharing Economy), die Gästezufriedenheit, Herkunft der Besucherinnen und Besucher etc.
- Initiativen wie beispielsweise Visitor Insight von visitBerlin wollen wir ausbauen und auf weitere Bereiche ausdehnen. Das Thema der von Touristinnen und Touristen subjektiv wahrgenommenen Sicherheit muss hier bedacht werden. Initiativen wie „Service in the City“, die darauf setzen, dass Berlin-Besucher und -Besucherinnen zu Multiplikatoren und

Multiplikatorinnen werden, die für Berlin werben, wollen wir stärken. Sowohl um den Ruf Berlins als attraktives Reiseziel zu fördern als auch um von den Erfahrungen und Hinweisen der Berlin-Besucher und -Besucherinnen zu profitieren, sind Maßnahmen zu verstetigen, die für mehr Partizipation sorgen. (S.30/31)

Wir setzen uns dafür ein, Berlin als Kongressstandort weiterzuentwickeln und auszubauen. Dazu müssen in erster Linie zusätzliche Kapazitäten für neue Messe- und Kongressstandorte geschaffen werden. Wir werden Messen und Kongresse für das Standortmarketing nutzen und unterstützen die Messe dabei, neue Messen innerhalb der Cluster für Berlin zu erschließen. Um mit großen Weltmetropolen konkurrieren zu können, braucht es mehr als ein großes Kongresszentrum. Daher wollen wir den Bau eines weiteren Kongresszentrums prüfen. (S.29)

- Mit einem Interessenbekundungsverfahren wollen wir eine langfristige einen langfristigen Investor für das Internationale Congress Centrum (ICC) finden und dabei große Spielräume lassen. Wir setzen auf eine Nutzung im internationalen Kongressgeschäft und werden den notwendigen Denkmalschutz mit neuen Erfordernissen im ICC abgleichen. (S.30)

Homesharing/airbnb

Wir wollen das Zweckentfremdungsverbot abschaffen und Homesharing wieder uneingeschränkt zulassen. (S. 37)

Steuern

Wir wollen künstliche Intelligenz einsetzen, um den Umsatzsteuerbetrug einzudämmen. Der Einsatz von intelligenter Software und Big Data kann auf der Steuerverwaltungsebene dazu beitragen, die Steuererhebung und –festsetzung effizienter zu gestalten. Die Anwendung künstlicher Intelligenz auch in der Steuerverwaltung mithilfe bereits marktgängiger Produkte und Softwarelösungen, beispielsweise zum Erkennen von Umsatzsteuerbetrug, soll vorangetrieben werden. (S.48)

Berlin als weltoffene und europäische Metropole

Wir wollen eine weltoffene Metropole Berlin. Zugezogene, Touristinnen und Touristen, Kulturschaffende, Unternehmen und neue Start-ups, Forscherinnen, Forscher und Studierende bereichern unsere Stadt und bringen sie voran. Daher stellen wir uns anderen politischen Strömungen und Parteien entgegen, die die Offenheit dieser Stadt durch eine feindselige Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten, geflüchteten Menschen, Touristinnen und Touristen oder Zugezogenen infrage stellen. (S.59)

Sport

Berlin braucht Sportveranstaltungen von internationalem Rang im Spitzen- und Breitensport. Sportereignisse wie der Berlin-Marathon, das ISTAF, das DFB Pokalfinale der Herren und weitere sind ein fester Bestandteil der Stadt und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, den wir weiterhin unterstützen. (S.81)

Bürokratieabbau / Verwaltung

Wir wollen das Gesetzes- und Vorschriftendickicht lichten und innerhalb der nächsten Legislaturperiode um 20 Prozent reduzieren.

- Neue Gesetze und Verordnungen sollen mit einem von vornherein festgelegten Verfallsdatum versehen und nur dann verlängert werden, wenn sie nach Ablauf dieses Zeitraums noch immer erforderlich und verhältnismäßig sind.
- Wir brauchen eine Bürokratiebremse auch in Berlin: Für jede neue bürokratische Last muss mindestens eine bestehende abgeschafft werden („one in, one out“). Dazu wollen wir perspektivisch ein digitales Regelungs- und Vorschriftenmanagement etablieren, das zentrale Standards für das Erstellen und Bereitstellen von Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften schafft, Redundanzen abbaut und einen umfassenden Überblick über die zu jedem Zeitpunkt geltende Rechtslage erlaubt.
- Wir wollen den Verwaltungs- und Erfüllungsaufwand für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, der infolge neuer Regelungen entstehen würde, von einem neu einzurichtenden Normenkontrollrat überprüfen lassen. Der Normenkontrollrat soll im Rahmen einer „digitalen Folgenabschätzung“ auch bewerten, ob neue Regelungen hinreichende Verfahrenserleichterungen durch digitale Kommunikationsmittel enthalten.
- Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten sollen reduziert werden.
- Wir wollen Genehmigungsverfahren verstärkt in Anzeigeverfahren umwandeln. Für die verbleibenden Genehmigungsverfahren sollen grundsätzlich straffe Fristen mit Genehmigungsfiktion gelten. (S.84/85)

Bodenpolitik / Gewerbemieten

Wir wollen die Berliner Bodenfonds GmbH (BBF) zur Verstaatlichung von Grund und Boden rückabwickeln. Statt immer mehr Grundstücke anzukaufen, müssen zunächst bestehende bebaut oder veräußert werden. (S.47)

Wirtschaft braucht Räume zur Entfaltung! Die Gewerbemieten in Berlin sind zu hoch, insbesondere in exklusiven und sogenannten 1-a-Lagen in Zentren. Eine Deckelung der Gewerbemieten löst das Problem des mangelnden Angebots allerdings nicht. Deshalb müssen hier alle Bemühungen darauf fokussiert werden, den Neubau in nachgefragten Lagen zu ermöglichen. (S.23/24)

ÖPNV

... Denn die meisten Berlinerinnen und Berliner sind nicht ausschließlich Fahrradfahrerinnen, ÖPNV-Nutzer oder Autofahrerinnen und Autofahrer, sondern entscheiden je nach Strecke, Situation, Wetter oder Laune, welches Verkehrsmittel sie nutzen. Diese Wahl soll ihnen so einfach wie möglich gemacht werden. Und sie soll zukünftig noch vielfältiger werden (ab S.38-43)

Der ÖPNV muss attraktiver werden. (S.40)

Ein Zwangsticket für den ÖPNV lehnen wir hingegen ab, denn es ist auch Ausdruck von Wahlfreiheit, sich gegen ein Verkehrsmittel entscheiden zu dürfen. (S.40)

Sicherheit

Wir stehen für einen Staat, der mit verhältnismäßigen Maßnahmen Sicherheit für alle bietet, aber gleichzeitig auch die Bürgerrechte und die Privatsphäre schützt. (S.61-67)